

## P R O T O K O L L

über die am Dienstag, dem 27. März 2007, um 19.00 Uhr im Rathaus - Sitzungssaal, 3. Stock, stattgefundene Sitzung des Gemeinderates der Stadtgemeinde Gänserndorf (öffentliche Sitzung).

### Anwesend waren:

Fr. Bgmst. Annemarie Burghardt	SPÖ
Hr. Vzbgmst. Robert Pintz	SPÖ

### Die Stadträte:

Josef Daubeck	SPÖ
Ing. Ernst Escher	SPÖ
Robert Michl	SPÖ
Josef Pürschl	SPÖ
Christine Beck	ÖVP
Rene Lobner	ÖVP

### Die Gemeinderäte:

Johann Beier	SPÖ
Kurt Burghardt	SPÖ
Kerstin Cap	SPÖ
Franz Csucker	SPÖ
Ernst Gugler	SPÖ
Franz Irlvek	SPÖ
Dr. Gerhard Janda	SPÖ
Olga Pamperl	SPÖ
Christine Rohatsch	SPÖ
Markus Schönbauer	SPÖ
Herbert Schweiger	SPÖ
Michael Tkadlec	SPÖ
Dipl.Päd. Martin Wechdorn	SPÖ
Christian Worlicek	SPÖ

Helene Kästner	ÖVP
Johannes Kruty	ÖVP
Margarete Scheidl	ÖVP
Rudolf Stöger	ÖVP
Margit Wilmsen	ÖVP

Ernst Nadler	GRÜNE
Volker Weiss	GRÜNE

Franz Weindl	FPÖ
--------------	-----

### Entschuldigt abwesend:

Dr. Anton Kögler	ÖVP
------------------	-----

Roman Reissig  
Gerhard Krammer

ÖVP  
GRÜNE

Schriftführer:

Stadtamtsdirektor Anton Wildmann

Frau Bürgermeister Annemarie Burghardt eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden, stellt fest, dass der Gemeinderat ordnungsgemäß eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Die Tagesordnung lautet:

**- - - Ö f f e n t l i c h e S i t z u n g - - -**

**Berichterstatter: Bürgermeisterin Annemarie Burghardt**

1. Genehmigung des Protokolls der Gemeinderatssitzung vom 1. Februar 2007
2. Gänserndorfer Kalender
3. Änderung des Dienstpostenplanes 2007
4. Arbeitsgruppe „Gänserndorf 2025“
5. Bericht „Gänserndorfer Semesterferientage 2007“

**Berichterstatter: Vizebgmst. Robert Pintz**

6. Jugendzentrum – Auszahlung Budgetmittel
7. Außerordentliche Subvention für den Verein „Freunde des Kinderheimes Matzen“
8. Ostermarkt am Kirchenplatz

**Berichterstatter: StR. Ing. Ernst Escher**

9. Rechnungsabschluss 2006 und Stellungnahme zum Prüfbericht vom 6. März 2007
10. Subventionen
11. Darlehen „Abwasserbeseitigungsanlage Gänserndorf Süd“ – Schweizer Franken Kredit

**Berichterstatter: StR. Josef Daubeck**

12. ABA BA15 u. 17, WVA BA11 u. 12 – Vergabe von Arbeiten
13. ABA BA16 – Vergabe von Arbeiten
14. Kreuzung L11-Novofermstraße – Übernahmeerklärung NÖ. Straßenbauabteilung 3
15. Straßenbeleuchtung – Ankauf von Leuchten
16. Schlägerung von Bäumen
17. Übereinkommen Gemeinden Anrufsammeltaxi „SPITAXI“
18. Auftragsvergabe Anrufsammeltaxi „SPITAXI“
19. Auftragsvergabe Sammelstellentafeln u. Rechnungsblöcke, Anrufsammeltaxi „SPITAXI“
20. Auftragsvergabe zusätzliche Sammelstellentafeln „MAXI“
21. Auftragsvergabe Geschwindigkeitsmessungen

**Berichterstatter: StR. Josef Pürschl**

22. Vergabe von Gemeindewohnungen und Genehmigung Mietverträge
23. Gemeindewohnhäuser – Vergabe Hausverwaltung
24. Gemeindewohnung Ziegelofengasse 5/1 und 5/2 – Neuaufteilung

- 25. Neuerrichtung Kindergarten – Vergabe von Leistungen
- 26. Sanierung Sonnenblumenkindergarten – Abrechnung
- 27. Muttertagsgeld

**Berichterstatter: StR. Robert Michl**

- 28. Friedhof – Erweiterung Baulos 6, Abrechnung
- 29. Stadthalle – Sondervereinbarung für die Ballveranstaltungen 2007

**Berichterstatter: StR. Rene Lobner**

- 30. Stromtankstelle für Elektrofahrzeuge
- 31. Erneuerbare Energien
- 32. Schutzwaldsanierung im Gemeindewald – Vertrag über Förderungen

- - - N i c h t   Ö f f e n t l i c h e   S i t z u n g   - - -

- 33. Kaufanbot Pz.Nr. 822/1
- 34. Verlassenschaft – Beratung über Testamentannahme
- 35. Personalangelegenheiten
- 36. Außergerichtlicher Ausgleichsvorschlag

Gegen die Tagesordnung wird kein Einwand erhoben.

**Punkt 1:** Frau Bürgermeister Annemarie Burghardt berichtet, dass gegen das Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 1. Februar 2007 während der Auflagefrist keine Einwendungen vorgebracht wurden. Frau Bürgermeister Annemarie Burghardt stellt den Antrag, dass das Protokoll vom 1. Februar 2007 genehmigt werden soll.

**Der Antrag wird einstimmig angenommen.**

**Punkt 2:** Frau Bürgermeister Annemarie Burghardt stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass die Preise für Inserate im Gänserndorfer Kalender ab der Ausgabe 2008 wie folgt angehoben werden sollen (die Preise wurden seit der Erstaufgabe des Kalenders im Jahr 2001 noch nie angehoben – alle Preise exkl. Steuern):

Standardinserat im Ausmaß von H 4,5 x B 13,5 cm:	von bisher € 160,-- <b>auf € 190,--</b>
Doppeltes Inserat im Ausmaß von H 4,5 x B 27,5 cm:	von bisher € 310,-- <b>auf € 350,--</b>

Jedes 5. Inserat soll wie bisher gratis sein.

In den letzten Jahren wurden durch Inserate folgende Einnahmen erzielt:

2001	12.354,--
2002	13.698,--
2003	15.520,--
2004	14.720,--
2005	14.480,--
2006	15.060,--
2007	14.920,--

Der Kalender 2007 verursachte folgende Kosten:

Druck:	€ 18.105,--
Tragetaschen:	€ 100,--
Kuvertieren:	€ 250,--
Zustellung:	€ 790,--

Personalkosten (rund 60 Arbeitsstunden, ca. 300 Telefongespräche für Veranstaltungstermine und Inserate).

Auch nach dieser Preiserhöhung werden nicht einmal die Druckkosten abgedeckt werden können. Bei einer noch stärkeren Preiserhöhung ist zu befürchten, dass einige Inserenten auf weitere Einschaltungen verzichten.

Herr GR. Franz Weindl gibt hierzu bekannt, dass er gegen diesen Antrag stimmen wird, weil seiner Meinung nach hier eine Mehrbelastung für Gänserndorfer Gewerbetreibende beschlossen werden soll.

**Der Antrag wird mit 29 Stimmen gegen eine Stimme (FPÖ – GR. Franz Weindl) angenommen.**

Bearbeiter: Lang

**Punkt 3:** Frau Bürgermeister Annemarie Burghardt stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass der Dienstpostenplan für 2007 wie folgt geändert werden soll:

- unter der lfd.Nr. 83, VA-Ansatz 842000, Wald, soll \*\*) Aushilfskräfte mit befristetem Dienstvertrag gelöscht werden.

**Der Antrag wird einstimmig angenommen.**

Bearbeiter: Wildmann

**Punkt 4:** Frau Bürgermeister Annemarie Burghardt stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass die Arbeitsgruppe „Gänserndorf 2025“ aus folgenden Vertretern gebildet werden soll:

Vorsitz:	StR Robert Michl
Vertreter SPÖ:	StR. Josef Daubeck GR. Kurt Burghardt GR. Kerstin Cap
Vertreter ÖVP:	StR. Rene Lobner GR. Rudolf Stöger
GRÜNE:	GR. Gerhard Krammer
FPÖ:	GR. Franz Weindl
Bedienstete:	Bauamtsleiter Otto Gindl (Abteilung Stadtbauamt) Karl Kamellor (Abteilung Stadtbauamt) Robert Lang (Abteilung Stadtzentrale) Ing. Karl Hinczica (Abteilung Stadtservice)

In weiterer Folge kommt es zu folgender Diskussion:

**GR. Franz Weindl:** Frau StR. Christine Beck und Herr StR. Josef Daubeck versehen in ihren Ausschüssen ausgezeichnete Arbeit. Auch in diesen Ausschüssen werden Zukunftsfragen behandelt. Weiters sollten auch die Vorsitzenden des Schulausschusses und des Finanzausschusses in die Verhandlungen einbezogen werden. Versteht nicht, warum ein eigener Ausschuss eingerichtet werden soll.

**GR. Rudolf Stöger:** Stimmt der Meinung des Herrn GR. Franz Weindl zu. Findet es grundsätzlich nicht schlecht, dass man sich über die weitere Entwicklung der Stadt Gedanken macht. Das Aufgabengebiet überschneidet sich sehr stark mit dem Aufgabengebiet des Stadtentwicklungsausschusses. Hat sich bei der ersten Sitzung gedacht, dass dieser Ausschuss alle halben Jahre zusammensetzt. Wie es jetzt aussieht, soll dieser Ausschuss neu gegründet werden und wie die anderen Ausschüsse öfters zusammentreten. Findet es nicht sinnvoll, dass dieser Ausschuss gegründet wird, da er die gleichen Aufgaben behandeln soll wie der Stadtentwicklungsausschuss. Die ÖVP-Fraktion wird daher der Gründung dieses Ausschusses nicht zustimmen und auch keine Vertreter in diesen Ausschuss entsenden.

**StR. Robert Michl:** Nimmt die Stellungnahmen zur Kenntnis. Hat bereits in der Stadtratssitzung versucht, die Beweggründe für die Einsetzung dieses Ausschusses zu erläutern. Es sollte dieser Ausschuss die finanzielle und wirtschaftliche Entwicklung der Stadt vorgeben. Auch sollte der Flächenwidmungsplan behandelt werden. Dieser jedoch nicht im Detail. Die Detailarbeit würde weiterhin dem zuständigen Ausschuss zustehen. Bereits der verstorbene Bürgermeister hat die Installierung dieses Ausschusses als zukunftsweisend angesehen. Derzeit reagieren wir nur bzw. können nicht agieren. Deshalb sollte man eine langfristige Planung in Angriff nehmen. Die vorgeschlagene Gruppe sollte sich definitiv mit diesen Aufgaben beschäftigen. Man könnte bei einer entsprechenden Planung vielleicht sogar Rücklagen bilden um zum gegebenen Zeitpunkt sofort reagieren zu können. Weiters sollte dieser Ausschuss auch eventuelle Ankäufe von Liegenschaften planen. Es sollte eine Zukunftsperspektive erstellt werden, welche dann von den einzelnen Ausschüssen umgesetzt wird.

**GR. Volker Weiss:** Stimmt StR. Robert Michl zu. Der neu zu gründende Ausschuss soll nicht als „Beschneidung“ bereits bestehender Ausschüsse gewertet werden. Sieht es als konstruktive Zusammenarbeit. Der Ausschuss ist als Visionsgruppe anzusehen. Stimmt daher der Installierung dieses Ausschusses zu.

**GR. Rudolf Stöger:** Versteht nicht, warum ein neuer Ausschuss gegründet werden soll. Kann nicht verstehen, warum diese Agenden nicht dem bestehenden Stadtentwicklungsausschuss übertragen werden.

**StR. Rene Lobner:** Ist ebenfalls der Ansicht, dass es bereits einen entsprechenden Ausschuss gibt. Man könne ja zu diesem Ausschuss Fachleute für Beratungszwecke beziehen. Wenn der Stadtentwicklungsausschuss ein höheres Budget genehmigt bekommen würde, könne er auch größere Planungen umsetzen.

**StR. Robert Michl:** Erklärt nochmals warum ein Planungsausschuss installiert werden soll. Die Stadtentwicklung ist sicher nur ein Teil dieses Ausschusses. Es sollte ein Leitbild vorgegeben werden. Der Planungsausschuss sollte sich mit folgenden Dingen beschäftigen:

- Wie weit soll sich die Stadt bezüglich der Einwohnerzahl entwickeln
- Weiters sollte festgestellt werden, was sich die Stadt leisten kann – hier ist auf jeden Fall die Infrastruktur zu beachten – in weiterer Folge muss sich der Finanzausschuss mit den

Kosten beschäftigen – weiters ist die Errichtung der notwendigen Schulen und Kindergärten zu bedenken, usw.

**StR. Christine Beck:** Diese Feststellungen wurden bereits im Stadtentwicklungsausschuss in der Jänner-Sitzung besprochen. Bei der weiteren Entwicklung der Stadt ist auf jeden Fall der Finanzstadtrat eine der wichtigsten Personen. Dieser muss die Finanzierung sicherstellen.

**StR. Josef Daubeck:** Stellt fest, dass das Überarbeiten des Flächenwidmungsplanes sehr viel Arbeit mit sich bringt. Meistens wird dann festgestellt, dass nach Fertigstellung des Flächenwidmungsplanes sofort wieder Änderungen bzw. Berichtigungen notwendig sind. Man ist diesbezüglich meist „betriebsblind“. Ist sicher nicht schlecht, wenn man eine andere Meinung hört. Ist weiters der Ansicht, dass von jedem bestehenden Ausschuss ein kompetenter Gemeinderat diesem neu zu gründenden Ausschuss angehören sollte. Es kann durch Installierung des neuen Ausschusses etwas Gutes für Gänserndorf entstehen.

**GR. Rudolf Stöger:** Gibt Herrn StR. Robert Michl und Herrn StR. Josef Daubeck recht. Versteht jedoch nicht, warum dies nicht der bestehende Stadtentwicklungsausschuss bearbeiten kann. Sieht in der Installierung des neuen Ausschusses wenig Sinn.

**StR. Josef Daubeck:** Im bestehenden Stadtentwicklungsausschuss sind immer die gleichen Personen vertreten.

**StR. Robert Michl:** Zur Zeit gibt es keine City bzw. kein Stadtzentrum. Es gibt sicher gewisse Vorstellungen, welche Gebäude in Zukunft in der City stehen sollen. Man wird sich auch Gedanken machen, wie die City in z.B. 20 Jahren aussehen soll. Der geplante Ausschuss soll sich sicher nicht mit der technischen Umsetzung beschäftigen. Diese erfolgt in den einzelnen Ausschüssen.

**StR. Rene Lobner:** Das Ressort des Herrn StR. Robert Michl könnte für Wirtschaftstreibende attraktive Gegebenheiten schaffen, z.B. mit Förderungsmassnahmen.

**GR. Volker Weiss:** Ist der Ansicht, dass man den Ausschuss installieren sollte. Man kann ja diverse Entscheidungen an die einzelnen Ausschüsse verweisen. Außerdem kann man, wenn man zu der Ansicht kommt, dass dieser Ausschuss nicht gut arbeitet, diesen Ausschuss sofort wieder auflösen.

**Der Antrag wird mit 22 Stimmen gegen 8 Stimmen (ÖVP – StR. Christine Beck, StR. Rene Lobner, GR. Rudolf Stöger, GR. Margit Wilmsen, GR. Margarete Scheidl, GR. Helene Kätstner, GR. Johannes Kruty – FPÖ – GR. Franz Weindl) angenommen.**

Bearbeiter: Ing. Hinczica

**Punkt 5:** Frau Bürgermeister Annemarie Burghardt stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, folgende Abrechnung der „Semesterferientage 2007“ zur Kenntnis zu nehmen:

**„Gänserndorfer Semesterferientage 2007“  
Abrechnung**

	Einnahmen €	Ausgaben €

05.02.2007	Eislaufen (Matzen)		15,40
06.02.2007	Eislaufen (Matzen)		12,60
07.02.2007	Stadthalle Wien	70,--	112,50
08.02.2007	Eislaufen (Matzen)		11,20
09.02.2007	Eislaufen (Matzen)		25,80
	Busfahrten		505,--
	Personalkosten		180,15
	<b><u>GESAMTSUMME</u></b>	<b><u>70,--</u></b>	<b><u>862,65</u></b>

**Wird einstimmig zur Kenntnis genommen.**

Bearbeiter: Petsche

**Punkt 6:** Herr Vizebürgermeister Robert Pintz stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass für das Jugendzentrum ein Teilbetrag der im Budget 2007 vorgesehenen Mittel in Höhe von **€ 2.000,--** ausbezahlt werden soll.

Die Verantwortlichen des Jugendzentrums (unter anderem Herr Bernhard Ruthammer) können somit eigenständig Anschaffungen für das Jugendzentrum tätigen.

**Der Antrag wird einstimmig angenommen.**

Bearbeiter: Ing. Hinczica

**Punkt 7:** Herr Vizebürgermeister Robert Pintz stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass dem Verein der „Freunde des Kinderheim Matzen“ aufgrund des Ansuchens vom 30. Jänner 2007 eine außerordentliche Subvention in der Höhe

**€ 169,62**

das entspricht einem 50%igen Nachlass auf die Kulturhausmiete für die Benefizveranstaltung am 30. März 2007 zu Gunsten der Kinder und Jugendlichen des Kinderheimes Matzen gewährt werden soll.

Herr GR. Volker Weiss ist der Ansicht, dass dieser Antrag nur dann angenommen werden kann, wenn dieser ohne rechtliche Präjudiz beschlossen wird. Herr Vizebürgermeister Robert Pintz ändert seinen Antrag insofern, dass dieser Beschluss nur ohne rechtliche Präjudiz gefasst werden soll.

**Der Antrag wird einstimmig angenommen.**

Bearbeiter: Petsche

**Punkt 8:** Herr Vizebürgermeister Robert Pintz stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass für den Ostermarkt 2007 am Kirchenplatz, ein Kostenzuschuss in der Höhe von

**€ 300,--**

beschlossen werden soll.

Die Kosten sollen aus dem Kulturbudget bezahlt werden.

**Der Antrag wird einstimmig angenommen.**

Bearbeiter: Petsche

**Punkt 9:** Herr Stadtrat Ing. Ernst Escher stellt den Antrag, der Stadtrat wolle dem Gemeinderat empfehlen, dass der Rechnungsabschluss für das Haushaltsjahr 2006 mit den Gesamtsummen im

Ordentlichen Haushalt	Einnahmen	€	15,665.320,70
	Ausgaben	€	15,665.320,78
Außerordentlichen Haushalt	Einnahmen	€	3,818.626,29
	Ausgaben	€	2,830.554,01

genehmigt werden soll.

Weiters berichtet Herr Stadtrat Ing. Ernst Escher, dass der Prüfungsausschuss am 6. März 2007 den Rechnungsabschluss 2006 (Beilage 1) geprüft hat. Eine Stellungnahme der Bürgermeisterin und des Kassenverwalters zum Prüfbericht liegt dem Akt bei. Herr Stadtrat Ing. Ernst Escher verliest in weiterer Folge den ersten Satz des Prüfungsausschussprotokolls, welcher wie folgt lautet:

„Der Rechnungsabschluss 2006 wurde vom Prüfungsausschuss einer stichprobenweisen Überprüfung unterzogen. Der Ausschuss kommt zu folgendem Ergebnis: Alle für den Rechnungsabschluss 2006 notwendigen Beilagen und Nachweise waren ordnungsgemäß beigefügt“.

Herr Stadtrat Ing. Ernst Escher berichtet in weiterer Folge dem Gemeinderat ausführlich über die wesentlichen Punkte des Rechnungsabschlusses 2006 (Beilage 2).

**Der Antrag wird mit 23 Stimmen gegen 7 Stimmen (ÖVP – StR. Christine Beck, StR. Rene Lobner, GR. Rudolf Stöger, GR. Margit Wilmsen, GR. Helene Kästner, GR. Margarete Scheidl, GR. Johannes Kruty) angenommen.**

Bearbeiter: Wildmann

**Punkt 10:** Herr Stadtrat Ing. Ernst Escher stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass dem Verein der „Freunde des Kinderheim Matzen“ aufgrund des Ansuchens vom 30. Jänner 2007 eine außerordentliche Subvention in der Höhe eines 50%igen Nachlasses auf die Kulturhausmiete (d.s. € 169,62) für die Benefizveranstaltung am 30. März 2007 zu Gunsten der Kinder und Jugendlichen des Kinderheimes Matzen gewährt werden soll.

**Der Antrag wird einstimmig angenommen.**

Bearbeiter: Petsche



**Punkt 11:** Herr Stadtrat Ing. Ernst Escher stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, das vorgeschlagene Devisentermingeschäft auf Grund des Schreibens der Bank Austria CA AG vom 19. März 2007, betreffend Umwandlung des Schweizer Franken Kredites für die Abwasserbeseitigungsanlage Gänserndorf Süd in einen EURO-Kredit per 30. Juni 2007 angenommen werden soll.

Durch diese Annahme reduziert sich die Darlehenssumme um ca. € 118.135,43 (der tatsächliche Kurs errechnet sich mit Annahmetag) durch Kursgewinne. Es besteht jedoch die Möglichkeit, sollte der Schweizer Franken Kurs gegenüber dem EURO wieder höher werden, sofort wieder per 30. Juni 2007 in den Schweizer Franken zu wechseln (dadurch geringere Zinsen).

Herr GR. Rudolf Stöger ist der Ansicht, dass die Stadtgemeinde Gänserndorf bei diesem Devisentermingeschäft spekuliert. Herr Stadtrat Ing. Ernst Escher gibt hierzu bekannt, dass die Gemeinde bei diesem Geschäft in gewisser Hinsicht spekuliert. Herr GR. Volker Weiss stellt fest, dass in diesem Fall keine Spekulation vorliegt. Vielmehr stellt dieses Geschäft eine Mitnahme einer Kursdifferenz bzw. eine Abschöpfung eines Gewinns dar.

**Der Antrag wird einstimmig angenommen.**

Bearbeiter: Wildmann

**Punkt 12:** Herr Stadtrat Josef Daubeck stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass aufgrund des Vergabevorschlages von DI. Johann Steinbacher vom 21.2.2007 in Zusammenarbeit mit der Abteilung WA 4 des Amtes der NÖ Landesregierung folgende Bestbieterfirmen mit den Arbeiten zur Herstellung der Abwasserbeseitigungsanlage Gänserndorf ABA BA 15 (Stadt), BA 17 (Süd), der Wasserversorgungsanlage Gänserndorf WVA BA 11 (Stadt) und BA 12 (Süd) beauftragt werden sollen, und zwar

- a) die Firma Winkler aus Wien mit den Erd- und Baumeisterarbeiten zu Kosten von € 505.682,267 exkl. Ust.
- b) die Firma Udo Bär Kanaltechnik aus Obervellach mit den Prüfmaßnahmen zu Kosten von € 6.921,11 exkl. Ust.

**Der Antrag wird einstimmig angenommen.**

Bearbeiter: Ing. Hinczica

**Punkt 13:** Herr Stadtrat Josef Daubeck stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass aufgrund des Vergabevorschlages von DI. Johann Steinbacher vom 21.2.2007 in Zusammenarbeit mit der Abteilung WA 4 des Amtes der NÖ Landesregierung die Bestbieterfirma Strabag aus Loosdorf mit den Arbeiten zur Herstellung der Abwasserbeseitigungsanlage Gänserndorf Stadt ABA BA 16 (unterirdische Kanalsanierungen) zu Kosten von € 548.475,34 exkl. USt. beauftragt werden soll.

Herr GR. Ernst Nadler hat beim Aktenstudium festgestellt, dass Kanalstränge, welche noch nicht sehr lange neu verlegt wurden (z.B. Wiener Straße bei Lauer) saniert werden müssen. Kann sich nicht vorstellen, dass nach dieser kurzen Errichtungszeit bereits wieder eine Sanierung notwendig ist.

Herr Stadtrat Josef Daubeck wird sich diesbezüglich beim zuständigen Bearbeiter erkundigen und in der nächsten Ausschusssitzung die Begründung bekannt geben.

**Der Antrag wird einstimmig angenommen.**

Bearbeiter: Ing. Hinczica

**Punkt 14:** Herr Stadtrat Josef Daubeck stellt den Antrag, der Stadtrat wolle beschließen, dass die vorliegende Erklärung mit der NÖ Straßenbauabteilung 3, betr. der Übernahme des Kreuzungsbereiches L 11-Novofermstraße in Erhaltung und Verwaltung der Gemeinde genehmigt werden soll.

Herr GR. Volker Weiss stellt die Frage, warum diese Erklärung abgeschlossen werden muss. Herr Stadtrat Josef Daubeck gibt hierzu bekannt, dass die L11 eine Landesstraße ist und dass die durchgeführten Arbeiten durch den NÖ. Straßendienst (Verbreiterung, Nebenflächen im Kreuzungsbereich L11- Novofermstraße) seitens der Stadtgemeinde Gänserndorf übernommen werden müssen.

**Der Antrag wird einstimmig angenommen.**

Bearbeiter: Ing. Hinczica

**Punkt 15:** Herr Stadtrat Josef Daubeck stellt den Antrag, der Stadtrat wolle beschließen, dass für die Straßenbeleuchtung bei der Firma Philips 20 Garnituren Rondolux-Leuchten, 10 Stk. Maste LPH 3,7m, 10 Garnituren Kofferleuchten 70/100 Nr. 2 und 1 Garnitur Kofferleuchte 100 zu Kosten von gesamt € 15.925,85 inkl. USt. lt. Anbot vom 6.3.2007 angekauft werden sollen.

**Der Antrag wird einstimmig angenommen.**

Bearbeiter: Ing. Hinczica

**Punkt 16:** Herr Stadtrat Josef Daubeck stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass aufgrund der Empfehlung des Umweltausschusses (siehe Protokoll vom 12.2.2007) nachfolgende Bäume geschlägert werden sollen:

- Brunnengasse/Leo Porsch-Gasse, 13 Pappeln
- Friedensgasse 15, Linde, Nachsetzung Zierkirsche
- Villagasse, zwischen Weikendorfer Str. und Wiener Str., restliche 7 Linden im östlichen Bereich, Nachsetzung Kugelahorn

Herr GR. Franz Weindl gibt bekannt, dass er diesen Massenschlägerungen nicht zustimmen kann. Besonders bedenklich findet er die Baumschlägerungen in der Villagasse. Herr GR. Volker Weiss gibt hierzu bekannt, dass es sich die GRÜNEN bei diesen Schlägerungen nicht leicht gemacht hat. Die Fraktion ist jedoch zu der Ansicht gekommen, dass diesem Antrag zugestimmt werden kann, wenn man dadurch Probleme abwenden kann und in weiterer Folge so und so in fünf Jahren diese Bäume geschlägert werden müssen. Hält jedoch fest, dass die GRÜNEN durch die Zustimmung sicher keine „Baummörder“ sind.

**Der Antrag wird mit 29 Stimmen gegen eine Stimme (FPÖ – GR. Franz Weindl) angenommen.**

Bearbeiter: Ing. Hinczica

**Punkt 17:** Herr Stadtrat Josef Daubeck stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass das beiliegende Übereinkommen (Beilage 3) betreffend AST „SPITAXI“, mit den teilnehmenden Gemeinden Angern, Auersthal, Bad Pirawarth, Gaweinsthal, Groß Schweinbarth, Matzen-Raggendorf, Prottes, Schönkirchen-Reyersdorf, Strasshof und Weikendorf, welches durch den RA Dr. Michael Koth verfasst wurde, abgeschlossen werden soll.

**Der Antrag wird einstimmig angenommen.**

Bearbeiter: Gindl

**Punkt 18:** Herr Stadtrat Josef Daubeck stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass nach Anboteinholung (2 von 5 Firmen haben angeboten) die Bestbieterfirma Bäck aus Markgrafneusiedl mit dem Betrieb des Anrufsammeltaxis „SPITAXI“ beauftragt werden soll.

Weiters wolle der Gemeinderat beschließen, dass der von RA Dr. Michael Koth verfasste Vertrag mit dem Taxiunternehmen Bäck abgeschlossen werden soll.

**Der Antrag wird einstimmig angenommen.**

Bearbeiter: Gindl

**Punkt 19:** Herr Stadtrat Josef Daubeck stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass

1. die Fa. Die Klebeteufel mit der Herstellung von 34 Stk. Sammelstellentafeln für das AST „SPITAXI“ zu Gesamtkosten von € 563,45 inkl. USt. – für die Stadtgemeinde Gänserndorf tatsächliche Kosten in der Höhe von € 33,14 inkl. USt. (restlicher Betrag wird nach tatsächlichem Verbrauch auf die teilnehmenden Gemeinden aufgeteilt) - beauftragt werden soll,
2. die Fa. Die Klebeteufel mit der Herstellung von 2 Stk. Magnettafeln für das AST „SPITAXI“ zu Gesamtkosten von € 21,65 inkl. USt. – dieser Betrag wird zu gleichen Teilen auf die 11 teilnehmenden Gemeinden aufgeteilt – beauftragt werden soll und
3. die Fa. Brentano mit dem Druck der Rechnungsblöcke für das AST „SPITAXI“ zu Kosten in der Höhe von € 402,-- inkl. USt. – der Betrag wird zu gleichen Teilen auf die 11 teilnehmenden Gemeinden aufgeteilt – beauftragt werden soll.

**Der Antrag wird einstimmig angenommen.**

Bearbeiter: Gindl

**Punkt 20:** Herr Stadtrat Josef Daubeck stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass die Fa. Die Klebeteufel mit der Herstellung von zusätzlichen 7 Stk. Sammelstellentafeln

(6 Stk. Gänserndorf, 1 Stk. Strasshof – wird weiter verrechnet) für das AST „MAXI“ zu Gesamtkosten von € 116,00 inkl. USt. beauftragt werden soll.

**Der Antrag wird einstimmig angenommen.**

Bearbeiter: Gindl

**Punkt 21:** Herr Stadtrat Josef Daubeck stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass nach Anboteinholung (alle 3 eingeladenen Firmen haben angeboten) die Bestbieterfirma Velometer mit der mobilen Geschwindigkeitsmessung für ein Jahr zu Gesamtkosten in der Höhe von € 51.000,-- inkl. USt. (= Einzelstunde € 127,50 inkl. USt.) beauftragt werden soll. Vorerst soll jedoch die Auftragsvergabe nur für fünf Monate (€ 30.000,-- inkl. USt.) erfolgen, da nur dieser Betrag im Voranschlag 2007 zur Verfügung gestellt wurde. In weiterer Folge soll versucht werden, im Nachtragsvoranschlag die restlichen € 21.000,-- aufzunehmen. Diese Ausgaben wären natürlich durch Mehreinnahmen abgedeckt.

Herr GR. Volker Weiss stellt die Frage, ob durch die Verringerung des Auftrags für die Gemeinde Mehrkosten entstehen. Herr Stadtrat Josef Daubeck gibt hierzu bekannt, dass laut Rücksprache mit der Firma durch die Verringerung keine Mehrkosten entstehen.

**Der Antrag wird einstimmig angenommen.**

Bearbeiter: Gindl

**Punkt 22:** Herr Stadtrat Josef Pürschl stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass

a) Frau **Habit Claudia** die Gemeindewohnung **Ziegelofengasse 5/1** (vorm. Votzi Katharina) in der Größe von 43,89 m<sup>2</sup>, bestehend aus 2 Zimmern, 1 Vorraum, 1 Küche, 1 Bad, 1 WC zu einem Mietzins von € 2,19 + BK + USt. nach den Bestimmungen des Mietrechtsgesetzes (Kat. B mit Indexsicherung) nach Sanierung der Wohnung und

b) an **Herrn Alfred PFAFFEL** die Gemeindewohnung **Ziegelofengasse 5/2** (dzt. Pfaffel Alfred) in der Größe von 52,52 m<sup>2</sup>, bestehend aus 2 Zimmer, Küche, Bad, WC und Vorraum zu einem Mietzins von € 2,19 + BK + Ust. nach den Bestimmungen des Mietrechtsgesetzes (Kat. B mit Indexsicherung) nach Sanierung der Wohnung Nr. 1 und

c) an **Herrn Ukwitz Oliver** die Gemeindewohnung **Ziegelofengasse 5/1/6** (vorm. Leitner-Berthold) in der Größe von 35,98 m<sup>2</sup>, bestehend aus 1 Zimmer, 1 Vorraum, 1 Küche, 1 Bad, 1 WC zu einem Mietzins von € 2,19 + BK + USt. nach den Bestimmungen des Mietrechtsgesetzes (Kat. B mit Indexsicherung) vorbehaltlich der in Rechtskraft getretenen Kündigung (voraussichtlich 17.4.2007)

vergeben wird.

Nach Rückgabe der Wohnung Nr. 1 (vorm. bestehend aus 3 Zimmern) wird ein Zimmer an die Wohnung Nr. 2 zugeteilt. Es werden neue Mietverträge abgeschlossen.

Die Mieter der Wohnung Ziegelofengasse 5/6 wurden gerichtlich gekündigt. Die Rückgabe der Wohnung wird in ca. 6 Wochen erfolgen.

**D)** Weiters möge der Gemeinderat beschließen, dass Frau **Astrid BINDER** ab **1.4.2007** die Gemeindewohnung **Wiener Straße 72/1/7** im Ausmaß von 33, 95 m<sup>2</sup> bestehend aus 1 Zimmer, Vorraum, Bad, WC und Küche zu einem derzeitigen Mietzins (Kat. B mit Indexsicherung) vermietet wird. Die Schwester Renate Binder gibt die Wohnung zurück. Frau Astrid Binder tritt somit in das Mietrecht ein.

Weiters möge der Gemeinderat die vorliegenden **Mietverträge**, abgeschlossen ab Übernahme der Wohnung, betr. Vermietung der Gemeindewohnungen

**Ziegelofengasse 5/1 (Habit Claudia),  
Ziegelofengasse 5/2 (Pfaffel Alfred),  
Ziegelofengasse 5/6 (Ukwitz Oliver) und  
Wiener Straße 72/1/7 (Binder Astrid)**

beschließen.

**Der Antrag wird einstimmig angenommen.**

Bearbeiter: Ing. Hinczica

**Punkt 23:** Herr Stadtrat Josef Pürschl stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass an die Allgemeine gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft St. Pölten die Hausverwaltung ab 1.1.2008 zu einem Verwaltungshonorar von € 0,21/m<sup>2</sup> Nutzfläche zzgl. 10 % Ust. für die Gemeindewohnhäuser

Grillparzergasse 2 und 4  
Lange Gasse 12  
Schönkirchner Straße 15  
Villagasse 13  
Wiener Straße 72  
Wiener Straße 88-90  
Ziegelofengasse 3  
Ziegelofengasse 5

abgetreten und vorliegende Vereinbarung abgeschlossen werden soll.

Bei der zuletzt durchgeführten Überprüfung der NÖ. Landesregierung wurde angemerkt, dass die Hausverwaltung der Gemeindewohnhäuser abgegeben werden sollte. Es wurde daher bei den Wohnungsgenossenschaften St. Pölten, WEVIG und ISS Anbote eingeholt. Der Bestbieter war die Wohnungsgenossenschaft St. Pölten.

**Der Antrag wird einstimmig angenommen.**

Bearbeiter: Ing. Hinczica

**Punkt 24:** Herr Stadtrat Josef Pürschl stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass die Gemeindewohnung Ziegelofengasse 5/1, derzeit bestehend aus 3 Zimmer, Vorzimmer, Bad, WC und Küche in ihren ursprünglichen Zustand (2 Zimmer-Wohnung) wieder hergestellt wird.

Es müssen die E-Installationen getauscht werden (keine Erdung – beide Wohnungen) und die Abflüsse im WC und Bad bzw. die Hauptwasserleitung im WC (Whg. Nr. 1) erneuert werden.

Die Wohnung wurde damals als Hausbesorgerwohnung vermietet. Die Hausbesorgerin hatte fünf Kinder. Der Mieter der Wohnung Nr. 2 ersuchte um Überlassung des Zimmers, damit er auch eine Zweizimmerwohnung habe.

Weiters werden beide Wohnungen in der Kat. B (vorm. Kat. C) vermietet, d.h. die Gemeinde kann einen höheren Mietzins verrechnen.

Nach der Neuaufteilung habe die Wohnungen folgende Größe:

**Ziegelofengasse 2/1:** 1 Vorraum, 1 Bad, 1 WC, 1 Küche u. 2 Zimmer im Ausmaß von 43,89 m<sup>2</sup> und

**Ziegelofengasse 2/2:** 1 Vorraum, 1 Bad, 1 WC, 1 Küche und 2 Zimmer im Ausmaß von 52,52 m<sup>2</sup>.

**Der Antrag wird einstimmig angenommen.**

Bearbeiter: Ing. Hinczica

**Punkt 25:** Herr Stadtrat Josef Pürschl stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass für die Neuerrichtung eines 4-gruppigen Kindergartens am Hafergrubenweg nachfolgende Leistungen vergeben werden sollen, und zwar

- a) Architekturplanungsbüro **DI. Walter Deschka** mit der **Planungserweiterung** zum bereits bestehenden Auftrag vom 5.7.2006 für einen 4-gruppigen Kindergarten (wurde mit GR. Beschluss vom 29.6.2006 nur mit dem Entwurf für einen 4-gruppigen und mit der Ausführungsplanung eines 2-gruppigen Kindergartens beauftragt) zu Kosten von **€ 30.783,93** exkl. USt. (Planungshonorar lt. bestehenden Auftrag € 72.650,86 lt. Anbot vom 19.6.2006, Planungshonorar für 4-gruppigen Kindergarten € 103.434,79 lt. Anbot vom 13.3.2007).
- b) **DI. Johann Ertl** mit der **Statik und der Bauphysik** zu Kosten von **€ 16.260,--** exkl. USt. lt. Anbote vom 14.3.2007
- c) Die Adenbeck Gebäudetechnik mit der **Haus- und Elektrotechnik** zu Kosten von **€ 22.700,50** exkl. USt. lt. Anbot vom 9.3.2007 und
- d) das Vermessungsbüro **DI. Karl Schweinhammer** mit der **Grundteilung und Vermessung** zu Kosten von **€ 700,--** exkl. USt. lt. Anbot vom 6.3.2007

Die Gesamtkosten des 4-gruppigen Kindergartens betragen € 1.925.272,20 exkl. USt.

**Der Antrag wird einstimmig angenommen.**

Bearbeiter: Ing. Hinczica

**Punkt 26:** Herr Stadtrat Josef Pürschl stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass die Gesamtkosten für die Sanierung des Sonnenblumenkindergartens in der Höhe von

**€ 95.945,46 exkl. USt.**

(siehe beiliegende Zusammenstellung von Architekt DI. Deschka vom 19.12.2006) genehmigen.

Im Budget waren € 60.000,- und lt. Kostenschätzung nach der Ausschreibung € 85.000,- vorgesehen.

Die Sanierung wird vom Schul- und Kindergartenfond mit € 19.200,- (20 % Zuschuss) und mit € 10.000,- vom „Klimabündnis grenzenlos“ gefördert.

Die Gründe für die Mehrkosten sind im Schreiben von Arch. DI. Deschka vom 19.2.2007 ersichtlich.

### **Der Antrag wird einstimmig angenommen.**

Bearbeiter: Ing. Hinczica

**Punkt 27:** Herr Stadtrat Josef Pürschl stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass in seiner Sitzung vom 18.12.1991, unter Punkt 14 bzw. in seiner Sitzung vom 07.03.2002 unter Punkt 5 beschlossenen Richtlinien bezüglich des Muttertagsgeldes wie folgt, zu ändern:

Am Muttertag erhalten Mütter (mit der Staatsbürgerschaft eines EU-Staates), welche in Gänserndorf ihren **Hauptwohnsitz** haben, von mindestens 5 unversorgten Kindern über Ansuchen ein Muttertagsgeld in Höhe von € **220,00** (bisher 260,00 €). Das Muttertagsgeld soll in Form von Gänserndorfer Einkaufsgutscheinen überreicht werden.

Eine Kundmachung über diesen Beschluss soll erfolgen. Einreichfrist ist eine Woche vor dem Muttertag.

Herr GR. Franz Weindl stellt fest, dass er diesem Antrag nicht zustimmen kann, da hier eine Verschlechterung für Mütter, welche seiner Meinung nach nicht zu den bestsituiertesten Personen zu zählen sind, beschlossen werden soll.

Herr GR. Volker Weiss stellt die Frage, wie viele Personen diese Regelung betrifft. Herr Stadtrat Josef Pürschl gibt bekannt, dass im Vorjahr fünf Mütter das Muttertagsgeld erhalten haben. Auf Grund einer Erhebung würden in Gänserndorf neun Mütter das Muttertagsgeld erhalten. Herr GR. Volker Weiss wird sich dem Abstimmungsverhalten des Herrn GR. Franz Weindl anschließen. Herr GR. Rudolf Stöger gibt seinen beiden Vorrednern inhaltlich recht.

Herr Stadtrat Josef Daubeck stellt fest, dass im Prüfbericht der NÖ. Landesregierung festgehalten wurde, dass die Förderungen, welche die Stadtgemeinde Gänserndorf gewährt, weit über dem Landesdurchschnitt liegen. Die Stadtgemeinde Gänserndorf erfüllt durch diesen Antrag die Empfehlung des Landes Niederösterreich.

Herr GR. Rudolf Stöger ist der Ansicht, dass bei Einsparung eines „Repräsentativfestes“ mehr eingespart werden könnte als durch diesen Antrag eingespart wird. Weiters wurden seitens der NÖ. Landesregierung die angesprochenen Feststellungen auf Grund der Finanzsituation der Stadtgemeinde Gänserndorf aufgezeigt.

**Der Antrag wird mit 22 Stimmen gegen 8 Stimmen (ÖVP – StR. Christine Beck, StR. Rene Lobner, GR. Rudolf Stöger, GR. Margit Wilmsen, GRÜNE – GR. Volker Weiss,**

**GR. Ernst Nadler, FPÖ – GR. Franz Weindl – Gegenstimmen, ÖVP – GR. Johannes Kruty – Stimmenthaltung) angenommen.**

Bearbeiter: Vock

**Punkt 28:** Herr Stadtrat Robert Michl stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass die Gesamtkosten für die Erweiterung des Friedhofes um das Baulos 6 in der Höhe von

**€ 176.219,20 inkl. USt.**

(siehe beiliegende Zusammenstellung von Architekt DI. Deschka vom 5.3.2007) zur Kenntnis zu nehmen.

Im Budget waren € 270.000,-- und lt. Kostenschätzung nach der Ausschreibung € 173.000,-- vorgesehen.

**Der Antrag wird einstimmig angenommen.**

Bearbeiter: Ing. Hinczica

**Punkt 29:** Herr Stadtrat Robert Michl stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass dem Bundesgymnasium für den Schulball am 12. Jänner 2007 und der Bundeshandelsakademie für den Schulball am 19.1.2007 auf die gültigen Stadthallentarife mit der damit verbundenen Regelung für das Ein- u. Ausräumen, ein 50%iger Sonderrabatt auf die Differenz der Mehrkosten zu der bisherigen Verrechnungsweise gewährt werden soll.

Herr GR. Volker Weiss ersucht um Erklärung, warum dieser Beschluss gefasst werden soll. Herr Stadtrat Robert Michl gibt bekannt, dass bis jetzt noch keine Stadthallenrechnung für die Ballveranstaltungen versandt wurden. In den letzten Jahren wurden die Aufbau- und Abbauzeiten nicht verrechnet. Durch die neu beschlossenen Stadthallentarife ist es zu hohen Kostensteigerungen bei den Bällen auf Grund der Verrechnung der Aufbau- und Abbauzeiten gekommen. Um den Veranstaltern für das heurige Jahr entgegen zu kommen, soll der vorgeschlagene Sonderrabatt beschlossen werden. Sollte der Beschluss gefasst werden, so werden die Veranstalter über diese Regelung sofort informiert.

Herr GR. Rudolf Stöger stellt die Frage, ob die Veranstalter über die neuen Tarife informiert wurden. Herr Stadtrat Robert Michl teilt mit, dass alle Mieter der Stadthalle seitens der Stadtgemeinde Gänserndorf bezüglich der Tariffestsetzung per 1. September 2006 informiert wurden.

**Der Antrag wird einstimmig angenommen.**

Bearbeiter: Petsche

**Punkt 30:** Herr Stadtrat Renne Lobner stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass beim Rathaus eine Stromtankstelle für Elektrofahrzeuge errichtet werden soll. Hierzu soll die neben der Fichte beim Rathaus/Rotes-Kreuz-Gasse befindliche Steckdosensäule als „Ladestation für Elektrofahrzeuge der Stadtgemeinde Gänserndorf“ gekennzeichnet werden. Ferner soll eine Parkfläche an der Rotes-Kreuz-Gasse mit der Tafel „für Elektrofahrzeuge während des Betankens“ gekennzeichnet werden. Das Betanken soll vorerst kostenlos angeboten werden (ein Elektroauto tankt ca. 3 kWh pro Stunde = ca. 40 Cent / 1



Elektromoped ca. 0,5 kWh = ca. 7 Cent). Sollte ein übermäßiger Verbrauch festgestellt werden, soll das Betanken nur mehr kostenpflichtig erfolgen (ev. Münzautomat). Die Stromtankstelle soll am „Tag der Sonne“, Freitag, 4. Mai, eröffnet werden.

Herr GR. Volker Weiss stellt die Frage, ob die Stromtankstelle auf Grund der Formulierung nur für Elektrofahrzeuge der Stadtgemeinde Gänserndorf eingerichtet werden soll bzw. die Stadtgemeinde Gänserndorf ein Elektrofahrzeug in Betrieb hat. Herr Stadtrat Rene Lobner stellt fest, dass die Stadtgemeinde Gänserndorf kein Elektrofahrzeug in Betrieb hat und das die Formulierung „Ladestation der Stadtgemeinde Gänserndorf für Elektrofahrzeuge“ lauten sollte. Es können natürlich alle, welche ein Elektrofahrzeug besitzen, ihre Fahrzeuge aufladen.

### **Der Antrag wird einstimmig angenommen.**

Bearbeiter: Lang

**Punkt 31:** Herr Stadtrat Rene Lobner stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass mit der EVN und der OMV als Netzbetreiber in Gespräche eingetreten werden soll, um die optimalen Möglichkeiten der Einspeisung von Biogas ins Erdgasnetz in der Projektregion „7up“ zu ermitteln. Zur Unterstützung der Gemeinde werden die Auftraggeber des Masterplans „7up“ zu diesen Besprechungen beigezogen.

Anmerkung: Es wurden schon im Dezember 2006 erste Gespräche mit der OMV (Dr. Bräuer, Gerasdorfer Straße) geführt. Dieser zeigte Interesse an einer zukünftigen Biogaseinspeisung. Es müssten vorher allerdings noch Untersuchungen über die Reinheit des Biogases abgewartet werden.

Feststellung der Fa. wpa Beratende Ingenieure, die von 7 Marchfeldgemeinden (SevenUp) mit der Erstellung einer Regionalanalyse Klima-Boden-Grundwasserschutz und darauffolgend eines Masterplanes beauftragt wurden:

„Die Nutzung von Erneuerbaren Energieträgern im Heizungsbereich ist eine gute Möglichkeit für Klimabündnisgemeinden, den CO<sub>2</sub> Ausstoß zu reduzieren. Fernwärme aus Hackschnitzel oder Stroh sind die am öftesten verwendeten Möglichkeiten.

In Gemeinden mit einer hohen Erdgasanschlussdichte hingegen macht die Verlegung eines zusätzlichen leitungsgebundenen Energieträgers jedoch keinen Sinn. Vielmehr handelt es sich dabei um unnötige Konkurrenz und wirtschaftliche Probleme für beide Leitungsbetreiber.

Für solche Gemeinden stellt aber die Einspeisung von auf Erdgasqualität aufbereitetem Biogas eine sehr gute Möglichkeit zur Reduktion von Kohlendioxid dar.“

### **Der Antrag wird einstimmig angenommen.**

Bearbeiter: Lang

**Punkt 32:** Herr Stadtrat Rene Lobner stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass der vorliegende Förderantrag zur Förderung eines Vorhabens entsprechend der „Sonstigen Maßnahmen des Öst. Programmes für die Entwicklung des Ländlichen Raumes 2007 – 2013“ abgeschlossen werden soll. Im Rahmen dieses Projektes sollen im Gemeindewald im Bereich Fuchsenwaldstraße – Föhrenweg 3 Hektar Wald wieder aufgeforstet werden. In diesem Bereich (ehemaliger Kiefernwald) sind kaum mehr Bäume vorhanden. Die Kosten hierfür betragen inkl. Pflegemaßnahmen in den Jahren 2007 – 2011 rund € 36.400,--. Diese Kosten werden mit bis zu 90 % gefördert.

**Der Antrag wird einstimmig angenommen.**

Bearbeiter: Lang

Ende der Sitzung: 21,00 Uhr

Der Schriftführer:

Die Bürgermeisterin:

Für die SPÖ:

Für die ÖVP:

Für die FPÖ:

Für DIE GRÜNEN: